

Sigrid Faath, März 2002

Zwischen US-Druck und Stimmung des Volkes: Schwieriger Balanceakt der arabischen Regierungen

„Arafat ist in Ramallah gefangen. Das amerikanische Schwert metzelt Muslime in Afghanistan und bereitet sich darauf vor, Muslime im Irak und in Somalia abzuschlachten. Es sind schwierige Zeiten in der Geschichte unserer Nation.“ Das ist *keine* staatliche Reaktion auf israelische und amerikanische Politik im Nahen Osten. Es ist jedoch eine Interpretation der Ereignisse, die von nicht offizieller Seite in Nordafrika/Nahost in ähnlicher Art und Weise öfters zu hören ist. Die zitierte Aussage ist von Mahmud Bakri von der ägyptischen Wochenzeitung *al-Usbu`*, die im Januar 2002 in Kairo eine Konferenz „Zur Verteidigung der Nation gegen Hegemonialismus“ organisierte.¹ Außerhalb der offiziellen Regierungsverlautbarungen ist die Kritik an den amerikanischen Maßnahmen und Plänen als Reaktion auf den 11.9.2001 parallel zur Kritik an der anhaltenden amerikanischen Unterstützungspolitik Israels lauter geworden. Es fallen Begriffe wie „die barbarische Invasion in Afghanistan“ und im Hinblick auf die Politik Israels gegenüber den Palästinensern der Begriff „ethnische Säuberung“. Der Chefredakteur von *al-Usbu`*, Mustafa Bakri, zog eine wenig optimistisch stimmende Schlussfolgerung aus der Lage in Nordafrika/Nahost: Weil sich die USA wie „verbrecherische Schläger“ benehmen und internationales Recht beugen, weil sie sich selbst das Recht zugestehen, in Länder einzumarschieren und Völker zu unterdrücken, gäbe es nur eine Option: den Widerstand und die Unterstützung der Widerstandsbewegungen wie *Jihad*, *Hamas*, *Hizballah* – also derjenigen Organisationen, die auf der amerikanischen Liste der „terroristischen Gruppen“ stehen. Die nicht offiziellen Stimmen veranschaulichen auf drastische Art und Weise, dass sich die Staatsführungen in Nordafrika/Nahost in keiner beneidenswerten Lage befinden, denn sie müssen abwägen: Wieviel Kooperation ist bis zu welcher Handlung der USA innerhalb der Antiterrorismuskalition möglich, ohne die USA zu „Strafaktionen“ zu

¹ Al-Ahram Weekly, 17.-23.1.2002; MidEast Press Digest, 3/2002, S. 23/24.

veranlassen und ohne im eigenen Land politischen Protest auszulösen, der sich gegen die Staatsführung richtet?

Mit Ausnahme des Irak haben sich die Staatsführungen in Nordafrika/Nahost unmittelbar nach dem 11.9.2001 zumindest formal der Antiterrorismuskalition angeschlossen. Den militärischen Einsatz in Afghanistan trugen sie im Rahmen des Vorgehens gegen *al-Qa`ida*/Usama Ibn Ladin mit, wenngleich sie sich gegen die Bombardierung ziviler Ziele und einen langen Einsatz aussprachen. Noch vor dem Militäreinsatz in Afghanistan (7.10.2001) hatten sie jedoch ihre schwerwiegenden Bedenken an der Vorgehensweise der USA formuliert. Sie befürchten innenpolitische Schwierigkeiten

1. wegen der (fortgesetzten) einseitig *amerikanischen* Führung der Antiterrorismuskalition; je militanter und etablierter islamistische Organisationen in einem Land sind, desto deutlicher wurde das Interesse an einer von der UNO geführten Antiterrorismuskalition (z.B. Iran, Libanon, Syrien) formuliert.
2. wegen der angedrohten Ausdehnung der militärischen Ziele der Antiterrorismuskalition auf andere, insbesondere auch arabische Staaten (in erster Linie Irak, Jemen, Somalia).
3. wegen der ungeklärten Definition von Terrorismus und „legalem Widerstand“ und der aufgezwungenen US-Definition. Von zahlreichen Staaten (u.a. Ägypten; Saudi-Arabien; Golfstaaten; Syrien; Iran) und von der Arabischen Liga wird deswegen eine internationale Konferenz zur Begriffsklärung gefordert.

Die generelle Bereitschaft der Staaten, gegen den Terrorismus vorzugehen, besteht. Das hegemoniale Verhalten der USA weckt jedoch in den Staaten Ängste vor amerikanischer militärischer Intervention, die immer wieder als potentielle „nächste Kandidaten“ in der „Phase II des Antiterrorkampfes“ genannt werden. Der Druck auf die einzelnen Staaten, sich nachrichtendienstlich mit den USA auszutauschen, mit CIA/FBI zusammenzuarbeiten, zu beweisen, dass sie gegen das Finanznetzwerk der terroristischen Gruppen vorgehen und bereit sind, Verdächtige auszuliefern, zeigte Resultate. Es sind vor allem jene Staaten, die seit Jahren gegen islamistische terroristische Gruppen im eigenen Land vorgehen und seit den

1990er Jahren für eine regionale und internationale antiterroristische Kooperation plädieren (vorrangig Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten), die kooperativ sind. Ähnlich kooperativ – allerdings eher aus Gründen des Selbstschutzes vor etwaigen Gegenmaßnahmen – zeigten sich demonstrativ die Staatsführungen des Sudan (Kooperation mit CIA/FBI; Überstellung verdächtigter Personen an US-Behörden; Verstärkung der Grenzkontrollen), des Jemen (Verhaftungen; Kontensperrungen) und Somalias (Zulassung amerikanischer Ermittler; Verhaftungen).

Es ist allerdings die Absicht der USA, die Militärationen im Rahmen der Antiterrorismuskalition auf Staaten auszuweiten, die aus anderen Gründen „missfallen“ (Besitz von/Streben nach biologischen/chemischen und nuklearen Waffen); gerade diese Zielsetzung weckt bei den Staatsführungen in Nordafrika/Nahost verstärkt Widerstand. Die kuwaitische Staatsführung hat im Februar 2002 bekanntgegeben, dass sie Kriegshandlungen gegen den Irak von kuwaitischem Boden aus nicht zustimmen werde. Als eine Selbstschutzfunktion ist wohl auch der Beschluß des Golfkooperationsrates (30/31.12.2001) zu werten, einen *Höchsten Rat der Verteidigung* und eine gemischte 10-20.000 Mann starke Sondertruppe ins Leben zu rufen.

Die Antiterrorismuskalition wird mit großer Wahrscheinlichkeit wegen der innenpolitischen Auswirkungen eine Ausdehnung der Zielstaaten nicht überleben. Bereits jetzt deuten Beobachtungen darauf hin, daß bei einer räumlich und zeitlichen Ausdehnung der amerikanischen Militärationen in Nordafrika/Nahost islamistische Organisationen langfristig Auftrieb erhalten. In den Worten von Yasser Hawary:² Die amerikanische Strategie riskiert, den letzten Rest dessen, was von laizistischen Regimen noch übrig ist, hinwegzufegen.

² Hawary ist Chefredakteur der in Paris erscheinenden Monatsschrift *Arabies*; vgl. *Arabies*, Februar 2002, S. 5 (Mésalliances et menaces U.S. Vers un désordre mondial permanent).